

MIETER HELFEN MIETERN

Frankfurt e.V.



An die
Lokalredaktion

Große Friedberger Straße 16-20
60313 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 28 35 48
Fax: (069) 29 63 30
post@mhm-ffm.de
www.mhm-ffm.de

06.11.2003

Unwirksame Mieterhöhungen der ABG HOLDING Mieter haben Aussicht auf Gesamtrückforderungen in Millionenhöhe Verantwortliche Politiker sind abgetaucht

Seit Jahren streiten sich Mieterinitiativen mit der ABG HOLDING um die Modernisierungsmieterhöhungen. Jetzt liegt eine letztinstanzliche gerichtliche Entscheidung vor.

Damit müssen sowohl die ABG als auch die politisch Verantwortlichen ihre Fehler bzw. Inkompetenz zugeben. Es hat sich erwiesen, dass die vielen Mahnungen der Mieter berechtigt waren und dass die Vermieterseite auf deren Vorschläge hätte eingehen müssen.

Überspitzt formuliert haben sich die Verantwortlichen arrogant und ignorant verhalten. Auf der Basis der vorliegenden Urteile muss die ABG an tausende betroffener Mieter eine Gesamtsumme in zweistelliger Millionenhöhe zurückzahlen. Welche Konsequenzen sind zu ziehen?

Herr Junker hat nicht lange gebraucht, um seine Strategie vorzulegen. Er sieht keine größeren Auswirkungen, denn er hält nur die wenigen zurzeit anhängigen Verfahren als relevant für Rückforderungen. Und damit könnte das Spiel von vorne beginnen, bis die nächsten Klagen eingereicht und letztinstanzlich entschieden sind.

Doch diese bisher von den politisch Verantwortlichen gedeckte Strategie lässt sich nicht länger rechtfertigen. (Abgesehen davon: Wenn auch künftig keine wirksamen Mieterhöhungen vorgelegt werden, drohen der Wohnungsgesellschaft weitere Verluste in unbegrenzter Höhe!) Es sind Konsequenzen zu ziehen. MIETER HELFEN MIETERN fordert folgende Maßnahmen:

- a) Angesichts des Ausmaß der Affaire muss endlich ein verantwortlicher Politiker Stellung beziehen. Totschweigen ist hier nicht möglich.
- b) Die politisch Verantwortlichen, allen voran die Aufsichtsratsvorsitzende der ABG, müssen Herrn Junkers Einfluss auf das beschränken, was er ist: Geschäftsführer eines stadteigenen Unternehmens – nicht mehr und nicht weniger. Es ist nicht tragbar, dass Herr Junker in weiten Bereichen die städtische Wohnungspolitik mitbestimmt. Hierfür gibt es insbesondere im Amt für Wohnungswesen besser qualifizierte und moralisch zuverlässige Berater.
- c) Als Lösung für die völlig verfahrenere Mieterhöhungssituation sollte aus Vertretern der Mieterinitiativen der Siedlungen eine Arbeitsgruppe gebildet werden.
- d) Vertreter der Mieter sollten künftig in der Verwaltung der Wohnungsgesellschaft ein Kontroll- und Mitspracherecht bei Entscheidungen über mietrechtliche Angelegenheiten wie Modernisierung und Mieterhöhungen ausüben (Gießener Modell).

Wie mieterfeindlich die Strukturen bei der städtischen Wohnungsgesellschaft sind, zeigt neuerdings ein Vorfall in Oberrad: Die Sprecherin der dort organisierten Mieter brachte an ihrem Briefkasten ein Schild mit dem Namen des Mieterbündnisses an. Dieses wurde vom Hausmeister zwei Mal abgerissen, ohne dass es die Gesellschaft für nötig hielt, mit der Mieterin in Kontakt zu treten. Auf Nachfrage gab die Gesellschaft (vertreten durch den scheidenden Geschäftsführer, Herrn Herrnberger) diesen Sachverhalt nicht nur zu, sondern bestand schriftlich auf ihrem strafrechtlich relevanten Vorgehen!

Die Mieterin wird Unterlassungsklage einreichen.

(Dies legt u.a. den Gedanken nahe, dass die für die Verursachung unsinniger Prozesskosten verantwortlichen Geschäftsführer diese Kosten aus eigener Tasche zahlen sollten.)

Die Einstellung der Führungsspitze sowie einiger Mitarbeiter der ABG HOLDING zu ihren kritischen Mietern ist offenbar fundamental gestört. **Die Gesellschaft muss sich öffnen für ein faires bzw. partnerschaftliches Verhältnis zu ihren Mietern.**

Dazu ist die Stadt Frankfurt als Eigentümerin gefragt. Sie kann eine Strukturänderung im Sinne der oben skizzierten Mietermitsprache einführen.

Jürgen Lutz